

Baumtod nach Wurzelkappung durch den Nachbarn

von Helge Breloer

Das Oberlandesgericht Köln hat zu diesem Thema ein bemerkenswertes und im Ergebnis baumfreundliches Urteil gefällt. (OLG Köln, Urteil vom 23.6.1993 - 13 U 274/92).

In § 910 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) wird dem Nachbarn, der durch Überhang von Zweigen oder eindringenden Wurzeln in der Nutzung seines Grundstückes wesentlich beeinträchtigt wird, ein sogenanntes Selbsthilferecht eingeräumt. Er darf in solchen Fällen die in sein Grundstück ragenden Zweige abschneiden, wenn er dem Baumeigentümer eine angemessene Frist zur Beseitigung der Zweige gesetzt hat und der Baumeigentümer darauf nicht reagiert. Für das Durchtrennen der Wurzeln sieht das Gesetz eine solche vorherige Fristsetzung nicht vor, was von Baumfachleuten und auch einigen Juristen als nicht gerechtfertigt angesehen wird.

Das OLG Köln hat zwar nicht entschieden, dass nunmehr auch vor dem Durchtrennen eindringender Wurzeln dem Baumeigentümer eine Frist wie beim Überhang zu setzen ist. Aber das Gericht hat festgestellt, dass nachbarschaftliche Rücksichtnahme und Gebote von Treu und Glauben eine Unterrichtung des Baumeigentümers erfordern können, um diesem die ihm notwendig erscheinenden Schutzmaßnahmen für den Baum zu ermöglichen.

In dem vom OLG Köln entschiedenen Fall waren die Wurzeln einer 100 Jahre alten Rotbuche in das Nachbargrundstück eingedrungen und dort im Zuge umfangreicher Bauarbeiten gekappt worden. Jahre später stellte sich heraus, dass die Buche - offensichtlich aufgrund der früheren Wurzelverletzungen - vom Riesenporling befallen war. Sie musste entfernt werden. Nunmehr forderte der Baumeigentümer Schadenersatz, weil er von der Wurzelkappung nicht unterrichtet worden sei und die Wurzeln seinerzeit nicht fachgerecht versorgt worden seien.

Dass er mit seiner Klage letztlich keinen Erfolg hatte, lag nur daran, dass er dem Gericht nicht beweisen konnte (der Zivilprozess ist ein Beweisprozess), dass er von dem Nachbarn nicht unterrichtet worden war. Das musste er jedoch zur Durchsetzung seines Anspruchs - so das Gericht.

Das Gericht hatte in seinem Urteil zunächst festgestellt, dass der Nachbar grundsätzlich die Beeinträchtigung durch die Wurzeln nicht hinnehmen musste, denn in diesem Fall war erwiesen, dass die Wurzeln die Bauarbeiten auf dem Nachbargrundstück behinderten. Der Nachbar konnte deshalb vom Baumeigentümer die Beseitigung der störenden Wurzeln verlangen (§ 1004 BGB) oder aber von seinem Selbsthilferecht Gebrauch machen (§ 910 BGB). Damit ist die durch die Wurzelbeseitigung erfolgte Beschädigung der Rotbuche grundsätzlich nicht rechtswidrig und es entfällt so auch ein Schadensersatzanspruch.

Das Gericht führte weiter im Hinblick auf den Nachbarn, hier den Beklagten aus: „Dem Beklagten kann auch nicht vorgehalten werden, er habe die nach teilweiser Entfernung der Wurzeln nötigen Maßnahmen unterlassen, um den Baum vor Schäden durch die Wurzelbeseitigung zu bewahren. Zu solchen Maßnahmen war nicht der Beklagte verpflichtet, sie oblagen vielmehr dem Kläger als Eigentümer der Rotbuche. Hätte der Beklagte vom Kläger gem. § 1004 BGB verlangt, die auf sein Grundstück hinüberraagenden Wurzeln ganz oder teilweise zu beseitigen, hätte der

Kläger dem nachkommen müssen und dann selbst dafür Sorge zu tragen gehabt, sein Eigentum vor daraus möglicherweise entstehenden Zukunftsschäden zu schützen. Daran ändert sich nichts, wenn der Beklagte stattdessen zur gesetzlich eingeräumten Selbsthilfe gegriffen und dadurch den Kläger von den Kosten entlastet hat, die diesem entstanden wären, wenn er die Wurzeln hätte beseitigen müssen.“

Der Nachbar muss also beim Durchtrennen von Wurzeln, die in sein Grundstück eindringen, von sich aus keine Maßnahmen zum Schutz der Wurzeln und des Baumes durchführen. Er muss aber, und das ist das Besondere dieser Entscheidung, dem Baumeigentümer Gelegenheit geben, seinerseits Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Das Gericht hat in diesem Zusammenhang ausgeführt:

„Der Beklagte könnte allerdings dann das Eigentum des Klägers an dem Baum rechtswidrig verletzt haben, wenn er dem Kläger keine Gelegenheit gegeben hätte, den Baum vor Schäden zu bewahren, die durch das teilweise Abschneiden der Wurzeln entstehen konnten. Aus Gründen der nachbarschaftlichen Rücksichtnahme und der Gebote von Treu und Glauben könnte der Beklagte als verpflichtet angesehen werden, den Kläger vor dem Abschneiden der Wurzeln zu unterrichten, damit dieser die ihm notwendig erscheinende Schutzmaßnahme ergreifen konnte.“

Der Baumeigentümer, hier der Kläger, hatte nun das Pech, dass er nicht beweisen konnte, dass ihn der Nachbar, hier der Beklagte, nicht von der Wurzelkappung unterrichtet hatte. Daran scheiterte dann seine Klage. Das Gericht begründete das wie folgt:

„Der Umstand, dass der Senat keine sichere Überzeugung gewinnen konnte, ob der Kläger von der teilweisen Wurzelentfernung unterrichtet worden ist, geht zu seinen Lasten. Denn er ist für die Rechtswidrigkeit der Schädigung des Baumes beweisbelastet, weil diese Voraussetzung des geltend gemachten Schadensersatzanspruches ist. Der Beklagte hat in Ausübung seines Selbsthilferechts grundsätzlich rechtmäßig gehandelt. Dass ausnahmsweise im Hinblick auf den oben behandelten rechtlichen Gesichtspunkt, die Wurzelentfernung dennoch rechtswidrig gewesen ist, muss der Kläger im Streitfall beweisen. Die Nichterweislichkeit geht insoweit zu seinen Lasten.“

Das Ergebnis dieser Rechtsprechung kommt den Bäumen zugute. Die in das Nachbargrundstück eindringenden und dort zu wesentlichen Beeinträchtigungen führenden Wurzeln eines Baumes dürfen nicht mehr unbesehen vom Nachbarn abgeschnitten werden, wie dies bis jetzt nach dem Wortlaut des hier zur Anwendung kommenden § 910 BGB anzunehmen war. Vielmehr ist fortan der **Baumeigentümer** vor den Wurzeldurchtrennungen zu unterrichten, damit er **selbst etwas zum Schutz seines Baumes unternehmen** kann. Der Nachbar, der dies bei der Wurzelkappung versäumt, kann sich also unter Umständen bei späteren Schäden an dem Baum oder bei dessen Absterben schadensersatzpflichtig machen.

Fazit:

Dennoch darf jeder grundsätzlich auf seinem Grundstück Wurzeln vom Nachbarbaum abschneiden, die ihn in der Nutzung beeinträchtigen, auch wenn der Baum nachher abstirbt. Er muss nur den Nachbarn, d.h. Baumeigentümer, vorher informieren, der bei Verlust der Standsicherheit des Baumes diesen sogar u.U. selbst fällen muss.

Ausnahme: Wurzeln sind zu dulden (Baumschutzsatzung o.a.)